

gen im Zusammenwachsen ehemals getrennter Teile Solidarität zu üben? Diese Fragen nicht gleichzeitig mit der Aufarbeitung der DDR-Geschichte zu stellen, verführt dazu, durch die angeprangerte DDR-Vergangenheit stellvertretend die eigene Vergangenheit zu rechtfertigen. Im Ergebnis sagt dann der eine: „Ich danke dir, daß ich nicht bin wie jener.“ Er schlägt an die Brust des anderen, damit der die Augen niederschlägt und spricht: „Sei mir Sünder gnädig.“ Ein solcher Vorgang entzweit. Ich hoffe, daß wir ohne den hohen Anspruch des Aufarbeitens in unsere Geschichte hineinhören, die falschen Weichenstellungen, Versagen und Schuld erkennen und so vor der je eigenen Geschichte zu einer neuen Gemeinsamkeit finden. Damit erschlosse sich, vorausgesetzt wir befließigen uns eines Mindestmaßes an Ehrlichkeit gegenüber uns selbst, ein Beitrag für das Zusammenwachsen und den gemeinsamen Weg unseres Volkes in die Zukunft. Ich danke Ihnen. (Beifall)

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Bruder Steinlein, schließen Sie gleich an?

Superintendent i.R. Dr. Reinhard Steinlein: Verehrte Damen und Herren! Wer erwartet hat, daß jetzt ein Referat kommt, das in eine ganz andere Richtung zielt als das erste, der wird enttäuscht sein. Wenn die Veranstalter bei der Auswahl der beiden Koreferenten solches erhofft haben, dann hätten sie nicht zwei dezidierte Lutheraner mit der Aufgabe betrauen dürfen. So ist es unvermeidlich, daß sich manches von dem, was wir beide sagen, überschneidet – nicht alles. Und was zweimal gesagt wird, das sitzt besonders gut. Vielleicht bin ich noch ein wenig selbstkritischer, was den Weg unserer Kirche betrifft. Es ist sicher gut, daß wir uns bei der Behandlung unseres Hauptthemas viel Zeit nehmen für diese Formel „Kirche im Sozialismus“, diese schwammige Formel. Denn es zeigt sich hier besonders deutlich die Problematik des Weges unserer Kirche in der einstigen DDR.

Bevor ich meine persönlichen Erfahrungen mit diesem Begriff kurz schildere, muß ich etwas zur Vorgeschichte sagen. Ich gehörte nicht nur der letzten EKD-Synode vor der Trennung im Jahre 1968/69 an, sondern auch der ersten Synode des neugeschaffenen Kirchenbundes in der DDR. 1967 hatte ich, und das war eines meiner größten Erlebnisse, die Fürstenwalder Tagung der östlichen EKD-Synodalen erlebt, die ein eindrucksvolles Bekenntnis zum Festhalten an der EKD-Einheit brachte. Es war ein Schock für viele von uns, als wir wenige Monate danach von Geheimverhandlungen hörten, die zur Abtrennung von der EKD führten. Auf das Für und Wider dieses Vorgangs kann ich jetzt nicht eingehen, obwohl das Nachdenken darüber eine Hilfe zum Verstehen der weiteren kirchlichen Entwicklung wäre. Es ist nämlich mit ganz großem Ernst, auch mit theologischem Ernst, über diese Frage gestritten worden. Und ich bekenne mich zu der Einstellung, die vorhin Pfarrer Hamel geäußert hat, zu der kritischen Einstellung, zur Trennung von der EKD. Und nun, bei den ersten Synodaltagungen des entstehenden Kirchenbundes

ging es um die Klärung seines Selbstverständnisses. Worin unterschieden sich eigentlich EKD-West und Kirchenbund Ost? Man hätte sich ja auf die einfache Feststellung beschränken können: Unter Drohung und Druck seitens der staatlichen Stellen blieb kein anderer Weg mehr übrig. Wir hatten nicht die Kraft, der geforderten Trennung zu widerstehen. Das wäre eine eindeutige Antwort auf viele Fragen gewesen und hätte vielleicht auch einen gewissen Respekt gefunden. Es bestand aber, wie bei Theologen oft, das Bedürfnis, einen erzwungenen Schritt nachträglich theologisch zu rechtfertigen. Der Kirchenbund wollte „Zeugnis- und Dienstgemeinschaft“ sein, eine Kirche für andere. Wollte man damit der bisherigen EKD unterstellen, daß sie so etwas nicht gewesen wäre? In dem Bemühen, das Spezifische des Kirchenbundes herauszuarbeiten, kam der Begriff „Kirche im Sozialismus“ auf. War dann also die West-EKD „Kirche im Kapitalismus“? Von zwei Rednern heute ist das als mögliche Alternative energisch zurückgewiesen worden. Es drängte sich natürlich dieser Gedanke auf, und schon der Gedanke an diese Möglichkeit läßt ahnen, daß man hier einen schiefen Weg eingeschlagen hatte. Zur Ehrenrettung der Erfinder des umstrittenen Begriffs, Seigewasser war nicht der einzige Erfinder, muß festgehalten werden, daß sie ihn nicht im Sinne einer Unterwerfungsformel gebrauchen wollten. Man sprach sogar von einer Konfliktformel. Es sollte wohl gesagt werden, und nun wiederhole ich das, was heute mehrfach schon gesagt wurde: Wir sind nicht Kirche neben dem Sozialismus, das heißt nicht in einem Winkel existierend, nicht gegen den Sozialismus, das heißt nicht eine politische Widerstandsorganisation, womöglich konspirativ arbeitend, aber auch nicht Kirche unter dem Sozialismus, das heißt nicht sozialistische Kirche. Das war den Erfindern und den Förderern dieser Formel durchaus bewußt, daß hier einer Gefahr widerstanden werden mußte. Dann wäre dieser Begriff also mehr geographischer oder territorialer Natur. Warum hieß es dann aber nicht „Kirche in der DDR“? Die freundlichste Deutung wäre, daß der Gebrauch des anstößigen Wortes DDR vermieden werden sollte. (Heiterkeit)

Näher aber lag schon damals die Vermutung, daß hinter allem eine gewisse Sympathie für einen wie auch immer gearteten Sozialismus stand. Gegen den Begriff „Kirche im Sozialismus“ hat es von Anfang an Widerstand gegeben. Besonders wurde seine Unklarheit, sein schillernder Charakter kritisiert. War dieser womöglich bewußt gewollt? Es klang vorhin schon etwas davon an. Den kritisch fragenden Gemeindegliedern konnte gesagt werden: Regt euch nicht auf, die von uns benutzte sehr vorsichtige Formulierung deutet auch eine bestimmte Distanz an. Der staatlichen Seite gegenüber konnte wiederum betont werden, daß so etwas wie eine Loyalitätserklärung in diesem Wort stecke. So ist es dann auch verstanden worden. (Heiterkeit und Beifall)

Die Wahl eines schillernden Begriffes war nach meiner Meinung gerade für eine reformatorische Kirche unerträglich und war kennzeichnend für den

weiteren Weg des Kirchenbundes, der nach meiner Beobachtung oft – nicht immer, aber oft – weniger vom eindeutigen Zeugnis als vom vorsichtigen Taktieren gegenüber der SED-Diktatur bestimmt war. Man kann sagen, daß die Situation uns dazu zwang, aber man soll es nicht beschönigen. An einem Beispiel möchte ich deutlich machen, wie stark die Kritik an der Formel „Kirche im Sozialismus“ war. Im Jahre 1974 gab es auf der berlin-brandenburgischen Synode über dieses Thema eine lange Aussprache. Die meisten stimmten darin überein, daß die umstrittene Formel nicht eindeutig und darum zu präzisieren sei. Der entsprechende Beschluß lautete: „Die Synode erkennt als Aufgabe den Begriff 'Kirche im Sozialismus', den sie aufnimmt und bejaht, so eindeutig zu klären, daß damit allen Christen zu einem dem Herrn Jesus Christus gehorsamen Leben geholfen ist.“ Ich habe danach den Antrag gestellt, die Parenthese „den sie aufnimmt und bejaht“ zu streichen. Die Abstimmung darüber ging äußerst knapp aus. Bei Stimmengleichheit, 39: 39 Stimmen, galt geschäftsordnungsgemäß der Antrag als abgelehnt. Erneut war sichtbar geworden, daß zumindest ein großer Teil der Synode gewillt war, einem in der Kirche sich abzeichnenden Trend zu widerstehen. Ich hebe das absichtlich hier so hervor, weil oft der Eindruck erweckt worden ist, als ob die Kritiker von „Kirche im Sozialismus“ eine verschwindend kleine Minderheit von unverbesserlichen Reaktionären gewesen seien.

Es ist mir die Aufgabe gestellt worden, in meinem Kurzreferat auf persönliche Erfahrungen und Eindrücke einzugehen, die subjektive Seite soll also nicht ausgeklammert werden – dabei wird es erst interessant bei der subjektiven Seite. (Heiterkeit) Ich denke da zunächst an die vielen Gespräche mit Vertretern des jeweiligen staatlichen Gegenübers, übrigens nie mit der Staatssicherheit. Wir waren vergattert worden und haben alle, mit denen wir es dienstlich zu tun hatten, vergattert, Jahr für Jahr in dem Sinne, daß ein Kontakt mit der Stasi niemals und unter keinen Umständen in Frage kommt. Uns waren ganz genaue Richtlinien gegeben, wie man sich verhalten soll, um die Leute sofort abzuwimmeln, indem man nur sagt: „Ich werde meiner vorgesetzten Dienststelle noch heute telefonisch darüber Bericht erstatten.“ Unser Gegenüber waren die berufenen staatlichen Vertreter, an die wir uns gehalten haben, etwa auch das Staatssekretariat für Kirchenfragen. Wenn da auch viele Stasileute waren, für uns waren sie jedenfalls die Vertreter des Staates. Da sollte man doch die Dinge etwas differenziert sehen. Und in diesen Gesprächen, die in der Form freundlich, in der Sache hart waren, erwies sich zuweilen der Begriff „Kirche im Sozialismus“ als eine Waffe in der Hand des Gesprächspartners. So habe ich es erlebt. Da konnte es zum Beispiel heißen: „Sie stellen unseren Staat und seine Weltanschauung in Frage.“ Denn darum ging es auch, leider nicht immer, bei solchen Gesprächen: „Sie stellen das in Frage, Sie wissen doch, daß Ihre Kirche sich zum Sozialismus positiv gestellt hat. Merken Sie nicht, wie Sie sich hier selber isolieren?“ Dabei wußte ich

zum Glück, daß ich nicht isoliert war, wußte übrigens auch, wenn ich mir mein staatliches Gegenüber betrachtete, daß viele von diesen Leuten das im Grunde respektierten, wenn man ihnen mit dieser Eindeutigkeit entgegentrat, denn mit dem Scharfblick eines Außenstehenden haben die Leute klarer als viele Kirchenleute erkannt, daß ein bewußter Christ einem totalitären Sozialismus nur ablehnend gegenüberstehen kann. (Beifall)

Und im übrigen, auch die Staatsvertreter hatten schnell gemerkt, daß mit „Kirche im Sozialismus“ etwas Undeutliches gemeint ist und vermuteten hinter den Verfechtern dieser Formel, oft sicher unbegründet, eine besondere Hinterhältigkeit. (Heiterkeit)

Wichtiger ist nun aber, davon etwas zu sagen, wie sich die Diskussion um „Kirche im Sozialismus“ innerkirchlich ausgewirkt hat. Sicher, da kann ich nur das von Bischof Leich Gesagte unterstreichen: Unsere Gemeindeglieder haben das Wort nicht benutzt, und da kam es wohl kaum vor, aber man sollte nicht die innerkirchliche Bedeutung des vielfachen Gebrauchs dieser Formel auch in amtlichen kirchlichen Verlautbarungen unterschätzen. In den Anfangszeiten der DDR hatte es in Gemeinden und Pfarrerschaft noch eine weitgehende Geschlossenheit in der Ablehnung eines totalitären Sozialismus gegeben. Das kann ich wirklich sagen. In unseren Pfarrkonventen waren Leute, die anders dachten, eine Seltenheit – was diesen Punkt betrifft. Später kam es zunehmend da und dort und dann immer mehr zu Zersetzungserscheinungen. Die innere Widerstandskraft ließ nach – der Zahn der Zeit. Die Widerstandskraft ließ nach gegenüber einem Staat, der sich in seinem Absolutheitsanspruch an die Stelle Gottes setzen wollte. Jetzt komme ich zu dem theologisch entscheidenden Punkt, denn, wo ein Staat, eine Partei und eine Weltanschauung sich über alles setzen und sagen, sie bestimmen über Gut und Böse, sie setzen die obersten Normen und erkennen nichts über sich an, da setzen sich die Betreffenden an die Stelle Gottes, und da haben wir schlicht und einfach zu erkennen und zu erklären, daß es um das erste der Zehn Gebote geht: „Du sollst nicht andere Götter haben neben mir.“ Das war der Kern auch der innerkirchlichen Diskussion um diese Problematik. Es ging nicht in erster Linie, das muß festgehalten werden, um politische Beurteilungen, ob man für oder gegen den Sozialismus ist. Darüber kann man als Christ verschiedener Meinung sein. Es ging um die theologische Kernfrage des ersten Gebotes. Gerade für einen reformatorisch geprägten Christen ist das erste Gebot von allerentscheidendster Bedeutung. Daß die Widerstandskraft nachließ, hatte mehrere Gründe. Eine Rolle spielte, daß auch in kirchlichen Kreisen eine antiwestliche Grundstimmung ziemlich stark verbreitet war und daß eine Propaganda etwa im Zeichen der Worte Friedenskampf und Antikapitalismus doch teilweise Erfolg hatte. Außerdem ging vom Wort Sozialismus eine verführerische Kraft aus. Es ist heute schon mehrfach gesagt worden: Erstens war immer die Frage latent vorhanden: Gibt es

nicht eine besondere Affinität zwischen Sozialismus und Christentum? Aber es wurde dabei meist übersehen, daß man mit dem Wort Sozialismus so ziemlich alles machen kann. Ging es nun um den marxistisch-leninistischen Sozialismus, ging es um den demokratischen Sozialismus, ging es um einen Sozialismus aus christlicher Verantwortung, ging es etwa um den Nationalsozialismus – na, das natürlich nicht, aber auch sie haben das Wort Sozialismus gebraucht, was ihnen immer peinlich war, wenn man nicht Faschisten, sondern Nationalsozialisten sagte – oder war damit nur einfach eine soziale Gesinnung gemeint, die man allerdings von jedem Christen erwartet? Die Unklarheit des Begriffes Sozialismus machte die Formel „Kirche im Sozialismus“ unmöglich. Manchmal ist auch durch den Gebrauch dieser Formel die harte Tatsache verschleiert worden, daß unser Gegenüber nicht ein menschenfreundlicher Sozialismus war, sondern eine knallharte Diktatur. Manchmal ist auch gesagt worden, daß es in der Diskussion hilfreich sei, wenn man den Partner von der SED mit seinen eigenen Begriffen anspreche, um ihn an einen „besseren“ Sozialismus zu erinnern. Die Praxis hat gezeigt, daß gerade diese Art des Diskutierens zu äußerster Verhärtung geführt hat. Nein, das Reden von „Kirche im Sozialismus“ hat nach meiner Beobachtung weder der Klärung noch der Entspannung gedient. Es hat unter anderem auch dazu beigetragen, daß der fundamentale Gegensatz im Menschenbild zwischen Marxismus und christlichem Glauben bagatellisiert wurde. Bezeichnend für die Gespräche zwischen Staat und Kirche in der Zeit der späteren DDR war, daß die eigentlichen Grundfragen fast völlig ausgeklammert wurden. Zwar gab es immer wieder Kritik an Übergriffen, auch mutige Kritik an massiven Menschenrechtsverletzungen, aber der Protest gegen den Totalitätsanspruch von Partei und Staat verstummte immer mehr. Davon war auch nicht bei dem sogenannten Gipfelgespräch vom 6. März 1978 die Rede, bei allem Guten, was dabei im übrigen gesagt worden ist. Natürlich kann man dazu entschuldigend sagen, daß es zum Erreichen konkreter Erleichterungen ratsam war, Grundsatzfragen zu vermeiden. Leider muß dazu bemerkt werden, daß diese allerwichtigsten Fragen auch bei anderen Gelegenheiten kaum noch zur Sprache kamen. Dies änderte sich erst, als sich in der Ära Gorbatschow eine generelle Veränderung des Klimas andeutete, besonders unmittelbar vor der Wende. Da war es dann ja auch nicht mehr ganz so gefährlich.

Auch noch in einer anderen Hinsicht hat sich die Verwendung des Wortes „Kirche im Sozialismus“ als bedenklich erwiesen. Durfte zur Selbstbezeichnung der Kirche ein Begriff benutzt werden, der aus dem politischen Bereich kommt? Es ist nicht erstaunlich, daß im Zeichen dieses Begriffes die Politisierung der Kirche, und zwar in einem ganz bestimmten Sinne, erhebliche Fortschritte gemacht hat. Erschrecken Sie nicht, wenn ich hier von Politisierung der Kirche mit negativem Beiklang rede. Ich habe wohl im Ohr, was heute alles gesagt worden ist, daß man Politik und Glauben nicht auseinanderreißen

kann, daß wir nicht ein Nischendasein führen dürfen, und daß das Evangelium auch mit Politik zu tun hat – das selbstverständlich, aber es bestand dabei die Gefahr, daß das Eigentliche des Evangeliums nicht mehr zur Sprache kommt oder nicht mehr als das Wesentliche erkannt wird, auch von Außenstehenden, weil in der Kirche anscheinend nur noch um diese Dinge diskutiert wird. An einer Stelle sagte heute Prof. Beintker auch etwas über die Bedeutung des Glaubens bei dieser ganzen Thematik. Warum waren wir denn so nachgiebig? Warum das Umfallen in Massen bei der Frage der Jugendweihe? Weil kein Glaube da war oder zu wenig Glaube. Und die entscheidende Aufgabe der Kirche ist nicht die Proklamierung, Unterstützung oder Kritisierung einer bestimmten Gesellschaftsordnung, sondern ihre Aufgabe ist, den Glauben zu stärken, weil das die zentrale Aufgabe für die Menschen ist, die das Evangelium auszubreiten haben. Und das hat indirekt eine große politische Bedeutung. Aber das Wort „Kirche im Sozialismus“ hat auch dazu beigetragen, uns in diese Richtung zu lenken. Jedenfalls, und da greife ich etwas auf, was Bischof Leich eben gesagt hat, hat das häufige Reden von einer „Kirche im Sozialismus“ dazu beigetragen, daß die Zwangsvorstellung sich weithin durchsetzte, man müsse sich mit diesem Herrschaftssystem unter allen Umständen arrangieren. Wer anderer Meinung war, wurde zuweilen auch in kirchlichen Kreisen als „kalter Krieger“ beurteilt. Ein Wort, das ich auch von einem Generalsuperintendenten an meine Person gerichtet hören mußte. Dabei ging es ja nicht um einen gewaltsamen Sturz dieses Systems. Es ist niemals die Aufgabe einer Kirche, politische Widerstandsorganisation im engeren Sinne des Wortes zu sein. Es ging schlicht und einfach um die Wahrnehmung des Auftrags der Kirche, auch im politischen Bereich die Geltung des ersten Gebots zu bezeugen. Rückschauend muß festgestellt werden, daß weder der Begriff „Kirche im Sozialismus“ noch die daraus entspringende kirchenpolitische Linie eine durchgreifende Entspannung im Verhältnis von Kirche und Staat gebracht haben. Auch nach dem Gipfelgespräch vom März 1978 gab es immer neue und sich steigernde Schwierigkeiten, besonders auf den Gebieten der Jugendarbeit und des Friedensdienstes. Aus meinen Erlebnissen als Pfarrer und Superintendent könnte ich gerade aus diesen Jahren nach 1978 noch mancherlei berichten, wozu aber die mir zugewiesene Zeit nicht reicht.

Wer meinen Ausführungen zugehört hat, könnte daraus eine herbe Kritik an den leitenden Männern unserer evangelischen Kirche heraushören. Ich möchte betonen, daß in allem, was ich gesagt habe, auch Selbstkritik liegt. Ich verkenne nicht die Schwierigkeiten der Aufgaben, vor die die Kirchenleitungen gestellt waren, die ja schließlich auch für eine Organisation mit Tausenden von Mitarbeitern einzustehen hatten, wo unter anderem auch die materielle Existenz geklärt sein mußte. All diese Dinge habe ich als langjähriges Mitglied einer Kirchenleitung durchlebt, habe Verständnis für viel taktisches Verhalten, aber es bleibt dennoch die Frage, ob wir bei der Gratwanderung – um ein

beliebtes Wort von Bischof Schönherr zu gebrauchen –, die uns auferlegt war, nicht manches Mal erheblich abgerutscht sind, und zwar im Sinne einer zu weitgehenden Anpassung an den real existierenden Sozialismus. Waren und sind wir nicht überhaupt zu oft an den Zeitgeist angepaßt – auch heute? Leicht wird dabei vergessen, daß die Kirche das ganz andere vertritt, eine ganz andere Dimension. Davon muß immer etwas durchleuchten.

Heute klang mehrfach die Frage an, damit komme ich zum allerletzten, ob wir nicht als Kirche wieder ein Schuldbekennntnis abzulegen hätten. Da bin ich sehr zurückhaltend, denn Bekennen von Schuld ist zunächst einmal etwas sehr Persönliches. Jeder muß sich selber fragen, an welcher Stelle er versagt hat. Da wird jeder Punkte finden, wo er zugeben muß: Du bist der Situation nicht gerecht geworden. Unsere evangelische Kirche hat im Mittelpunkt das Wort „Rechtfertigung“, wie hoffentlich nicht nur die Fachleute wissen. Damit ist nicht die Selbstrechtfertigung gemeint. Ich finde es deprimierend, wenn auch im Blick auf diese „Kirche im Sozialismus“ so viel Selbstrechtfertigung betrieben wird in dem Sinne: Es ging nicht anders, und wenn noch einmal dieselbe Situation käme, würden wir es genauso machen. Nicht Selbstrechtfertigung, sondern Rechtfertigung aus dem Glauben, aus der Gewißheit der Vergebung heraus. Davon geht eine befreiende Kraft aus, das macht uns Mut zur Ehrlichkeit, auch vor uns selber, und diese brauchen wir. Ganz besonders brauchen wir sie nicht zuletzt bei der Behandlung unseres Themas. (Beifall)

Gesprächsleiter Superintendent Martin-Michael Passauer: Vielen Dank, Bruder Steinlein. Es ist schön, daß auch Lutheraner so unterschiedlicher Meinung sein können. Bruder Besier, Bruder Steinlein hat gerade gefragt, und das war nicht nur eine rhetorische Frage: Sind wir bei der Gratwanderung abgerutscht? Und Manfred Wilke, das sachverständige Mitglied unserer Enquete-Kommission, vertritt öffentlich die These, daß die SED mit ihrer Kirchenpolitik die Bedingungen bestimmte, unter denen die Kirche handelte. Hat also die Kirche eigentlich nur auf einem ihr vorgegebenen Weg gehandelt und ist sie, so ist ja Ihre These, dann in ein Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnis geraten, von dem sie nachträglich erst gemerkt hat, wohin sie geraten ist? Die Frage an Sie: Ist das so? Wie sehen Sie das?

Prof. Dr. Dr. Gerhard Besier: Zunächst einmal möchte ich bei der Frage der Selbst- und der Fremdbezeichnung anknüpfen. Es ist mit Recht gesagt worden, daß der Kirchenbund von der EKD nicht als einer „Kirche im Kapitalismus“ gesprochen hat, und die EKD hat auch keine Selbstbezeichnung gewählt, also „die Kirche in der sozialen Marktwirtschaft“ oder „die Kirche in der bürgerlichen (westlichen) Gesellschaft“ oder ähnliches. Dies ist nicht der Fall gewesen. Sie verstehen vielleicht, daß ich im folgenden den Versuch unternehme, aus westlicher Sicht zu beschreiben, wie man dort auf kirchenleitender Ebene die Kirche im Sozialismus gesehen hat. Da gibt es